



Flächenstillegungen in der Landwirtschaft — ein sinnvolles Konzept zur Lösung der Agrarkrise? ..	43
Bedeutung der Ausfuhr für Produktion und Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland 1980 bis 1984	50

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 4/87

Berlin

22. Januar 1987

54. Jahrgang

Bibliothek

Flächenstillegungen in der Landwirtschaft — ein sinnvolles Konzept zur Lösung der Agrarkrise?

Zur Ausgangslage

Obwohl die Diskussion um eine Reform der EG-Agrarpolitik seit Jahrzehnten geführt wird und insbesondere seit der Vorlage des „Grünbuchs“ der EG-Kommission im Jahr 1985¹ weiter intensiviert wurde, konnten Fehlentwicklungen im Agrarsektor nicht gestoppt werden. Die landwirtschaftliche Produktion läuft weiterhin auf Hochtouren und übersteigt die Absatzmöglichkeiten auf den Binnenmärkten bei weitem. Die Konsequenzen dieses Kernproblems sind hinlänglich bekannt: Die Kosten für die Verwaltung der Überschüsse, für die Qualitätsverschlechterung der Produkte infolge der Lagerung und für den subventionierten Export verschlingen hohe Summen aus dem Gemeinschaftshaushalt. Die intensive Landbewirtschaftung und die in großen Massen konzentrierte Tierhaltung bewirken z.T. irreparable Schäden an Ökosystemen², die mit der Landwirtschaft in Verbindung stehen. Schließlich hat die Agrarmarktpolitik die erhebliche Verschlechterung des handelspolitischen Klimas auf den Weltmärkten für zahlreiche Nahrungsgüter zu verantworten. Bei all den Problemen hat diese Politik noch nicht einmal ihr eigentliches Ziel, die nachhaltige Verbesserung der Einkommenslage der Landwirte, zufriedenstellend erreicht: Stärker als je zuvor treten gegenwärtig nationale, regionale und innerlandwirtschaftliche Einkommensdifferenzierungen zutage³.

Besonders gravierend ist die Lage seit langem bei Milch und Getreide. Diese Produkte sind deshalb auch Gegenstand intensivster Bemühungen um eine Eindämmung der Überschüsse. Ende 1986 hat der Rat der Agrarminister u.a. Beschlüsse zur Rückführung der Milchproduktion durch weitere Quotenkürzungen, zur Einführung

einer Vorruhestandsregelung für Landwirte — verbunden mit Flächenstillegung — und zur Extensivierung der Agrarproduktion gefaßt.

Probleme auf dem Milchmarkt ...

Auch nach Einführung der Quotenregelung für die Milcherzeugung im Jahr 1984⁴ werden hohe Überschüsse an Butter und Milchpulver produziert. In der Tat hatte nicht erwartet werden können, daß das Marktgleichgewicht kurzfristig wieder hergestellt werden würde. Dazu waren die Quoten im ersten Jahr viel zu hoch festgesetzt worden: Die auf alle damaligen Mitgliedsländer zu verteilende Referenzmenge für das Milchwirtschaftsjahr lag mit 99,7 Mill. Tonnen immerhin noch um ein Viertel über dem Inlandsverbrauch von 80 Mill. Tonnen. Zwar sind die an Molkereien gelieferten Milchmengen in den ersten beiden Jahren seit Einführung der Mengengbegrenzung von 103,7

¹ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Perspektiven für die Gemeinsame Agrarpolitik. Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Parlament. KOM (85) 333 endg., Brüssel 15. Juli 1985.

² Der Rat von Sachverständigen hat zu dieser Problematik ausführlich Stellung genommen. Vgl. „Umweltprobleme der Landwirtschaft“. Sondergutachten des Rats von Sachverständigen für Umweltfragen, März 1985. Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart und Mainz 1985.

³ Vgl. u.a. Eurostat: Landwirtschaftliches Einkommen. Reihe 7, Schnellberichte, Luxemburg 1986.

⁴ Verordnung (EWG) Nr. 856/84 des Rates vom 31. März 1984 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 804/68 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 90 v. 1.9.1984.

Entwicklung des EG-Milchmarktes von 1982 bis 1986

	Einheit	1982	1983	1984	1985	1986 ¹⁾	Veränderung gegenüber 1985 in vH
Milchkuhbestand ²⁾	1 000 Stück	25 070	25 582	25 542	24 356	23 922	- 1,78
Milchleistung je Kuh	kg	4 317	4 410	4 280	4 330	4 470	3,23
Kuhmilch-Erzeugung	1 000 t	107 990	112 092	109 944	108 600	110 000	1,29
Kuhmilch-Anlieferung	1 000 t	99 870	103 694	101 274	99 676	101 200	1,53
Konsummilch-Erzeugung	1 000 t	21 186	21 471	21 363	21 338	21 400	0,29
Butter³⁾							
Erzeugung	1 000 t	2 070	2 280	2 100	1 990	2 140	7,54
Verbrauch ⁴⁾	1 000 t	1 619	1 550	1 600	1 600	1 630	1,88
Bestand am Jahresende ⁵⁾	1 000 t	305	853	950	1 124	1 450	29,00
Käse							
Erzeugung ⁶⁾	1 000 t	3 644	3 678	3 840	3 891	3 870	- 0,54
Verbrauch	1 000 t	3 359	3 388	3 493	3 552	3 590	1,07
Magermilchpulver⁷⁾							
Erzeugung	1 000 t	2 289	2 510	2 104	1 950	2 140	9,74
Verbrauch	1 000 t	1 659	1 972	2 088	1 729	1 600	- 7,46
Bestand am Jahresende	1 000 t	577	982	616	520	800	53,85

1) Ohne Spanien und Portugal. Vorläufige Zahlen. — 2) Stand jeweils Juni. — 3) Einschließlich Butterkonzentrat in Butterwert. — 4) Ohne Verfütterung; unter Berücksichtigung der Außenhandelsalden. — 5) Einschließlich privat unter Vertrag mit den Interventionsstellen gelagerter Mengen. — 6) Nur Käse aus Kuhmilch. — 7) Einschließlich Buttermilchpulver.

Quelle: Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle für Erzeugnisse der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft GmbH, ZMP Europamarkt: Milch-Butter-Käse, Nr. 12, Bonn 1986.

(1983) auf 101,3 bzw. 99,7 Mill. Tonnen zurückgegangen, doch schon 1986 sind sie wieder gestiegen und haben neuesten Schätzungen zufolge 101,2 Mill. Tonnen erreicht⁵⁾. Während es im Wirtschaftsjahr 1984/85 nicht zu einer Quotenüberschreitung kam, waren die Anlieferungen im Jahr 1985/86 um rund 0,7 Mill. Tonnen höher als die Quoten; bis zum Ende des laufenden Wirtschaftsjahres (am 31.3.) wird in der EG mit einer Überbietung der Quote um 2 Mill. Tonnen gerechnet.

Die Ursachen für diesen partiellen Fehlschlag der Milchmengenregulierung decken zugleich Schwächen einer derartigen dirigistischen Agrarmarktpolitik auf:

- Das System wird in den Mitgliedsländern nicht einheitlich angewandt. Während in der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden und Belgien einzelbetriebliche Quoten gelten, wenden die anderen Länder sogenannte Molkereiquoten an⁶⁾. Die Möglichkeit des regionalen Ausgleichs beim Über- und Unterschreiten von Quoten führt — mit Ausnahme der Bundesrepublik und den Niederlanden — dazu, daß die Abgabe auf zuviel abgelieferte Milch (in Ländern mit einzelbetrieblicher Quotierung 75 vH des Richtpreises, in Ländern mit Molkereiquoten 100 vH des Richtpreises) erheblich reduziert wird und damit die erstrebte Wirkung der Abgabe weitgehend verpufft.
- In einzelnen Mitgliedsländern — vor allem in der Bundesrepublik — sind im Zuge eines Härteausgleichs

und zur Milderung quotenbedingter Existenzgefährdung Zusatzquoten vergeben worden.

- Der Druck auf die Erzeugerpreise und die Einengung des Produktionsspielraumes haben möglicherweise Produktivitätsreserven mobilisiert, so daß unter Berücksichtigung der Mischkalkulation aus Milchpreis innerhalb und außerhalb der Quote Mehrerzeugung lohnend erscheint.
- Das Quotensystem ist nur auf die Milchmenge, nicht auf den Fett- und Eiweißgehalt der Milch bezogen. Es stoppt also nicht den langfristig zu beobachtenden Trend zu höheren Fett- und Eiweißkonzentrationen in der Milch. Züchterische und fütterungstechnische Fortschritte könnten daher dazu beigetragen haben, daß die Butter- und Milchpulverberge trotz der Quotenregelung weiter gewachsen sind.

⁵⁾ Vgl. Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle für Erzeugnisse der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft GmbH.: Europamarkt Milch-Butter-Käse. 22. Jahrgang, Nr. 12, Bonn 1986. Es ist zu berücksichtigen, daß sich die Zahlenangaben dieser Quelle auf Kalenderjahre beziehen, die Quoten aber für Wirtschaftsjahre festgelegt werden. Es kann also noch nicht exakt angegeben werden, inwieweit die Quoten 1986/87 überschritten werden. Aus der bisherigen Produktionsentwicklung kann aber auf eine deutliche Überschreitung geschlossen werden.

⁶⁾ Für eine ausführlichere Darstellung der Einzelheiten vgl. P. Salamon: Die Märkte für Milch und Fette. In: Agrarwirtschaft, Heft 12, Braunschweig 1986.

Entwicklung des EG-Getreidemarktes von 1983 bis 1986

Bezeichnung	Einheit	1983	1984	1985	1986 ¹⁾
Getreide insgesamt					
Anbaufläche	Mill. ha	27,62	27,75	27,25	35,58
Ertrag	dt/ha	44,9	54,4	50,4	42,9
Erntemenge	Mill. t	123,9	151,0	138,8	152,7
Inländische Verwendung	Mill. t	116,4	118,9	117,9	140,0
Selbstversorgungsgrad ²⁾	in vH	106	127	117	109
davon Weizen ³⁾					
Anbaufläche	Mill. ha	13,17	13,57	12,96	15,66
Ertrag	dt/ha	45,1	56,0	50,6	45,0
Erntemenge	Mill. t	59,45	76,03	65,65	70,42
Inländische Verwendung	Mill. t	50,1	52,2	52,7	60,0
Selbstversorgungsgrad ²⁾	in vH	118	146	124	117
Gerste					
Anbaufläche	Mill. ha	8,89	8,56	8,53	12,66
Ertrag	dt/ha	40,9	51,8	47,9	37,6
Erntemenge	Mill. t	36,31	44,34	40,80	47,60
Inländische Verwendung	Mill. t	33,3	33,1	31,5	40,0
Selbstversorgungsgrad ²⁾	in vH	108	133	129	119
Mais					
Anbaufläche	Mill. ha	3,03	3,10	3,21	4,01
Ertrag	dt/ha	65,4	65,1	67,8	61,9
Erntemenge	Mill. t	19,85	20,16	21,78	24,84
Inländische Verwendung	Mill. t	24,1	23,6	23,1	28,0
Selbstversorgungsgrad ²⁾	in vH	82	86	94	89

¹⁾ Einschließlich Portugal und Spanien. Vorläufige Zahlen, z.T. Schätzungen. — ²⁾ Unter Berücksichtigung von Bestandsveränderungen und Außenhandelsalden. — ³⁾ Einschließlich Hartweizen und Spelz.

Quellen: F. Uhlmann: Die Märkte für Getreide und Kartoffeln. Agrarwirtschaft, Heft 12, Hannover 1986; Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1986; Agra-Europe, Nr. 41/1986.

Die oben genannten Ratsbeschlüsse sehen u.a. lineare Quotenkürzungen und zusätzlich eine vorübergehende „Stilllegung“ der Quoten von insgesamt 9,5 vH vor, die über zwei Jahre verteilt und durch Kompensationszahlungen aus dem EG-Haushalt teilweise ausgeglichen werden.

... und auf dem Getreidemarkt

Auch auf dem Getreidemarkt bietet sich ein Bild permanenter Überschüsse. Sie gingen 1986 nur deshalb leicht zurück, weil die Ernte witterungsbedingt niedriger ausfiel. Insbesondere Spanien muß gegenwärtig aus diesem Grunde Getreide in den übrigen EG-Ländern kaufen. Allerdings werden derartige Entlastungen nicht die Regel sein; im Verlauf von mittelfristigen Produktionsanpassungen in Spanien dürften die Lieferungen dorthin eher abnehmen.

Obwohl der Grad der Selbstversorgung mit Getreide insgesamt von 127 (im Jahr 1984) auf 117 vH gefallen ist und unter Einbeziehung Spaniens zunächst weiter abgenommen haben dürfte, sind die Überschüsse nach wie vor erheblich. Sie können auf dem Weltmarkt nur sehr schwer abgesetzt werden (gegenwärtiger Preisverfall, handelspolitische Probleme mit den USA und anderen getreideexportierenden Ländern). Die größten Schwierigkeiten bestehen bei nicht backfähigem Weichweizen und bei Gerste; sie machen 70 bis 75 vH des insgesamt in den Jahren 1984 und 1985 eingelagerten Getreides aus.

Die hohen Überschüsse auf dem EG-Getreidemarkt zwingen zu produktionseinschränkenden Maßnahmen, da sonst die langfristigen jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten der Ernten (2,7 vH) allein aufgrund des züchterischen Fortschritts auch weiterhin erreicht werden dürften.

So verfolgt die EG-Kommission bereits seit längerem eine restriktive Preispolitik. Im Jahr 1984 war u.a. die Einführung einer „Garantieschwelle“ für die Getreideproduktion beschlossen worden, deren Überschreitung eine Senkung der Interventionspreise für Getreide im folgenden Wirtschaftsjahr bewirkt⁷. Diese Regelung wurde durch eine Mitverantwortungsabgabe (MVA) abgelöst. Mit ihr wird derselbe Zweck verfolgt wie mit der Garantieschwelle: Preissenkung für Getreide, um den Haushalt von den Kosten der Überschußproduktion teilweise zu entlasten, vor allem aber, um die Landwirte zu mehr marktkonformem Verhalten zu veranlassen, d.h. solche Überschüsse erst gar nicht entstehen zu lassen.

Die MVA dürfte lediglich einen sehr hohen Verwaltungsaufwand bei der Erhebung verursachen, nicht aber eine signifikante Wirkung auf die Getreideproduktion haben. Insofern könnte sie — ähnlich wie die Quotenregelung bei Milch — zumindest in der bisher festgesetzten Höhe ein Fehlschlag werden. Im übrigen ist nicht auszuschließen, daß die durch die Milchquoten freiwerdenden Grünland-

flächen umgebrochen und wenigstens teilweise zur Getreideerzeugung genutzt werden. Solche Substitutionsvorgänge dürften sich eher noch beschleunigen, wenn demnächst die Beschlüsse des Rates zu einer kurzfristigen weiteren Kürzung der Milchquoten realisiert werden.

Flächenstilllegungen als Ausweg?

Die geschilderte Ausgangslage bei Milch und Getreide ist beispielhaft für die meisten anderen Produkte. Vor allem sind bei Anhalten der gegenwärtigen Trends die Zu-

⁷ Die Bundesregierung hat diese Regelung bekanntlich schon ein Jahr später zu Fall gebracht, weil sie nicht bereit war, die Konsequenz aus der Getreideüberproduktion, eine 1,8prozentige Senkung der Getreidepreise, mitzutragen. Vgl. EG-Agrarpolitik: Mühsamer Weg aus der Krise. Bearb.: Peter Hrubesch. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 32/1985.

kunftsaspekte wenig ermutigend⁸. Einzelne Mitgliedstaaten und die EG-Kommission haben den agrarpolitischen Handlungsbedarf durch Vorschläge zur Flächenstilllegung deutlich gemacht.

Allerdings zeigt sich, daß die Herausnahme landwirtschaftlicher Flächen aus der Produktion von Ernährungsgütern zahlreiche Probleme aufwirft. Es ist daher dringend erforderlich, neben den Vorteilen, die eine Flächenstilllegung mit sich bringen kann, auch deren negative Aspekte zu untersuchen. Erste Vorschläge in Richtung einer freiwilligen, durch Beihilfen gestützten Aufgabe von Flächen und Agrarproduktion hat die EG-Kommission im Jahr 1985 in ihrem Grünbuch vorgelegt. Sie sehen u.a. vor, eine Beihilfe im Rahmen eines Vorruhegehalts an ältere Landwirte (ab 55 Jahren), die ihre landwirtschaftliche Tätigkeit aufgeben, an die Bedingung zu koppeln, daß der Landwirt die Produktion auf seinem Grund und Boden einstellt. Diese Möglichkeit würde „in ihrer strengsten Auslegung dazu führen, daß die freigewordenen landwirtschaftlichen Flächen langfristig für nichtlandwirtschaftliche Verwendungen, beispielsweise die Schaffung ökologischer Nischen und Reserven, Freizeitparks, Aufforstung, gekauft oder gepachtet werden können“⁹. Die EG-Kommission nimmt keine Schätzung vor, welche Wirkungen aufgrund der Maßnahme zu erwarten ist. Sie gibt allerdings zu bedenken, daß die Beihilfe, um einen echten Anreiz zu bieten, über den Ausgleich des Einkommensverlustes hinausgehen müßte. Dies bedeutet dann sehr hohe Haushaltsbelastungen.

Präziser sind die Vorstellungen der Kommission in ihren sozio-strukturellen Vorschlägen vom Frühjahr 1986¹⁰. Die Maßnahmen sollen sich vor allem auf eine Vorruhestandsregelung in Verbindung mit Betriebsstilllegungen (bzw. Abgabe der Flächen an Junglandwirte) und auf eine finanzielle Förderung umweltfreundlicher, d.h. extensiver Erzeugungsmethoden konzentrieren.

Verstärkte Aufforstung landwirtschaftlicher Flächen, Gewährung von Investitionsbeihilfen für den Schutz und die Verbesserung der Umwelt sowie für eine nichtlandwirtschaftliche Nutzung der Flächen und eine verbesserte Förderung der Vermarktung „alternativ“ erzeugter Produkte sollen die Maßnahmen unterstützen.

Ende 1985 legte die Bundesregierung Vorschläge für ein „Soziales Marktentlastungsprogramm“ (SMP) vor, die zu Beginn des Jahres 1986 präzisiert wurden¹¹. Es soll — ähnlich wie die EG-Vorschläge — älteren Landwirten die Aufgabe der Agrarproduktion bei gleichzeitiger Marktentlastung durch Flächenstilllegung ermöglichen. Vier Ziele nennt dieses Programm:

- Verminderung der Überschußproduktion in der EG und damit auch entsprechende Verminderung der Kosten der Überschußverwertung;
- Verminderung sozialer Härten bei Landwirten, die aufgrund ihres Alters keine Chancen mehr haben, ihr un-

befriedigendes Einkommen durch außerlandwirtschaftliche Tätigkeit zu verbessern;

- Beitrag zur Verbesserung der Umwelt (durch Nutzung der aus der landwirtschaftlichen Produktion genommenen Flächen für Zwecke des Naturschutzes und der Landschaftspflege);
- Beitrag zur Verbesserung der Agrarstruktur (durch Wiederverpachtung der vorzeitig an den Verpächter zurückfallenden Pachtflächen an aufstockungswillige Betriebe).

Diese Ziele sollen dadurch erreicht werden, daß aktiven Landwirten mit einer bestimmten Mindestfläche vom 55. Lebensjahr an und berufsunfähigen Landwirten (ohne Altersgrenze) eine Prämie dafür gezahlt wird, daß sie für die Dauer von 10 Jahren jegliche Marktproduktion, also auch die tierische Veredlung, einstellen. Die Flächen können für Umwelt- und Naturschutz, Freizeit und Erholung oder Aufforstung von Wald umgewidmet werden. Die im Einzelfall zu zahlende Marktentlastungsprämie wird durch einen Sockelbetrag (in Höhe des individuellen Altersgeldes zum Zeitpunkt der Antragsgenehmigung einschließlich der Übernahme der Beiträge zur agrarsozialen Sicherung) sowie einen Flächenzuschlag (in Höhe des örtlichen Pachtpreises bzw. in Relation zur Ertragsmeßzahl, das sind 200 bis 600 DM/ha Stilllegungsfläche) bestimmt. Im Falle der Aufforstung soll zusätzlich einmalig ein kapitalisierter Pflegezuschlag (zehnfacher Flächenzuschlag) gewährt werden. Eventuell notwendig werdende Maßnahmen zur Pflege der Flächen sind durch den Flächenzuschlag abgegolten.

Eine Obergrenze für die Marktentlastungsprämie ist nur insofern vorgesehen, als das außerlandwirtschaftliche Erwerbs- und Erwerb ersatzeinkommen des Unternehmers den zweifachen Sockelbetrag nicht überschreiten darf.

Die Verfechter dieser Maßnahme führen eine Reihe von erwünschten Wirkungen auf und quantifizieren sie wie folgt:

⁸ Die EG-Kommission schätzt, daß bis zum Jahr 1990 die über die Binnennachfrage hinausgehenden Produktionsmengen jährlich folgenden Umfang erreichen werden: Milch 11 Mill. t, Getreide 33 Mill. t, Zucker 1,5 Mill. t, Rindfleisch 0,2 Mill. t und Wein 30 Mill. hl. Die Selbstversorgungsgrade werden allgemein ansteigen und insbesondere bei Getreide (127 vH), Wein (123 vH), Zucker (122 vH) und Milcherzeugnissen (113 vH) sehr hoch sein. Vgl. Angebots- und Nachfragetrends bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Agra-Europe Nr. 3/1986, Dokumentation.

⁹ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Perspektiven ... a.a.O., S. 61.

¹⁰ Eine ausführliche Fassung wurde vom BML auf der Jahrestagung 1986 der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V. vorgelegt. Vgl. Theodor Bühner und Henry Gocht: „Flächenfreisetzung — Ein Weg zur Lösung von Überschuß- und Umweltproblemen in der EG?“ Vortragsmanuskript, Bonn 1986.

¹¹ Ebenda, S. 21.

Marktentlastung

Bei Teilnahme von rund 450 000 (rund 8,5 vH) Betrieben und einer stillgelegten landwirtschaftlichen Nutzfläche von rund 7,5 Mill. ha (7,4 vH) kommt es im fünften Jahr des SMP zu einer Reduzierung der Getreideproduktion um rund 10 Mill. t, der Rind- und Kalbfleischproduktion um 0,5 Mill. t und der Milcherzeugung um bis zu 6,6 Mill. t.

Haushaltsentlastung

Infolge des Kapazitätsabbaues wäre mit einer Einsparung an Marktordnungskosten (im 5. Jahr der Maßnahme) von etwa 1 260 DM je ha stillgelegter Fläche (in der Bundesrepublik sogar mit 2 160 DM) zu rechnen. Der Einsparungseffekt würde entsprechend der Höhe und spezifischen Ausgestaltung der Stilllegungsprämie vermindert. Er läßt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum hinreichend genau quantifizieren.

Umwelzentlastung

Sie wird von den Befürwortern der Flächenstilllegung als wesentliches Element der Maßnahmen angesehen und gepriesen, obwohl sie nicht Ziel der Aktion, sondern nur als Nebenwirkung der Marktentlastung erwartet wird.

In der Diskussion um Pro und Contra der Flächenstilllegung überwiegen jedoch die kritischen Stimmen. Zunächst ist die grundsätzliche Frage aufzuwerfen, ob die Flächenstilllegung Element bzw. Vorstufe einer neuen, langfristig konzipierten Agrarpolitik sein soll oder ob sie als eine agrarpolitische Atempause gedacht ist, die den permanenten Druck akuter Problemzwänge von den Agrarpolitikern nehmen soll, damit sie sich endlich der Konzipierung und Implementierung einer langfristig tragfähigen Reform der Agrarpolitik widmen können.

Gegen Flächenstilllegungen als dauerhaftes Element der Agrarpolitik sprechen sowohl die Erfahrungen anderer Länder (z.B. USA) als auch eine Reihe von anderen Gründen. Die zeitliche Begrenzung in allen Vorschlägen (5 Jahre in den EG-Beschlüssen, 15 Jahre in den Bonner Entwürfen des SMP) legen eher eine Interpretation als Zwischenlösung nahe. Doch auch als Zwischenlösung werfen Flächenstilllegungen Fragen auf, auf die es keine Antworten gibt, ja die von der praktischen Agrarpolitik bisher noch nicht einmal gestellt worden sind:

1. Flächenstilllegung versus Ausgleichszulage

Die Ausgleichszulagen in den „benachteiligten Gebieten“¹² (sie sind in der Bundesrepublik im Jahr 1986 auf 6 Mill. ha bzw. 50 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche ausgedehnt worden) sind auf die Erhaltung möglichst vieler bäuerlicher Existenzen und auf eine auflagenfreie Weiterbewirtschaftung landwirtschaftlicher Nutzflä-

chen ausgerichtet. Eine Flächenstilllegung steht im krassen Widerspruch dazu. Es wird an keiner Stelle des SMP erwähnt, wie diese Inkonsistenz aufgelöst werden soll. Auch der Deutsche Bauernverband, der die Interessen der deutschen Landwirte zu vertreten hätte, setzt sich — weitgehend undifferenziert — für eine „Flächenfreistellung“ als Element der Agrarpolitik ein¹³, ohne die damit verbundenen Implikationen zu diskutieren.

2. Marktentlastung

Zwar gibt es grobe Schätzungen, inwieweit der Markt entlastet wird. Aber abgesehen von der weitgehend unbekanntem (und nach den Erfahrungen mit dem niedersächsischen „Grünbracheprogramm“ von der offiziellen Agrarpolitik eher zu hoch eingeschätzten) Akzeptanz von Flächenfreistellung durch die Landwirte liegen keinerlei Berechnungen darüber vor, wie sich die Maßnahmen auf die Agrarproduktion insgesamt auswirken werden. Vermutlich kommt es allenfalls zu einer verlangsamten Zunahme der Produktionsüberschüsse bei Getreide, nicht aber zu ihrem Abbau. Die Reduzierung der tierischen Produktionsüberschüsse könnte längerfristig durch Flächenstilllegung sogar erschwert werden. Kommt es nämlich zu Stilllegungen von Teilflächen anstatt ganzer Betriebe, so könnten sich die so „verkleinerten“ Betriebe zu einer Erhöhung des Viehbestandes gezwungen sehen¹⁴. Der biologisch-technische Fortschritt wirkt auf jeden Fall weiter. Das bedeutet, daß auf den nichtstillgelegten Flächen sehr bald Produktionsreserven durch weitere Intensivierung mobilisiert werden. Das Überschußproblem wird also nur um wenige Jahre in die Zukunft verschoben.

¹² Als „benachteiligt“ gelten Gebiete, die ständigen klimatischen, topographischen und anderen natürlichen Nachteilen ausgesetzt sind und in denen der Anteil des Dauergrünlands an der landwirtschaftlich genutzten Fläche besonders hoch ist. Landwirtschaftliche Unternehmer erhalten die Ausgleichszulage, wenn sie sich verpflichten, die landwirtschaftliche Erwerbstätigkeit von der ersten Zahlung der Zulage an noch mindestens fünf Jahre auszuüben. Die Zulage dient dem Ausgleich der natürlichen Nachteile und soll zur Aufrechterhaltung der Landbewirtschaftung in diesen Gebieten dienen. Ihre Höhe richtet sich nach der Zahl der je Hektar Futterfläche gehaltenen Rinder, Pferde, Schafe und Ziegen. Um eine Intensivierung der Viehhaltung auszuschließen, sind in den Förderungsbedingungen Obergrenzen festgelegt worden (1 Großvieheinheit je ha Futterfläche, höchstens 20 Milchkühe je Betrieb). Vgl. Agrarbericht der Bundesregierung 1975. Deutscher Bundestag: Drucksache 7/3210 vom 7.2.1975; Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für den Zeitraum 1986 bis 1989. Deutscher Bundestag: Drucksache 10/5364 vom 18.4.1986, ergänzt durch Drucksache 10/6033 vom 22.9.1986.

¹³ Deutscher Bauernverband e.V.: Konzeption des Deutschen Bauernverbandes zur Neuausrichtung der EG-Agrarpolitik. Agra-Europe, Nr. 5/1986.

¹⁴ Vgl. A. Henze: Das vorgesehene soziale Marktentlastungsprogramm und soziale, ökonomische sowie ökologische Prinzipien. Agra-Europe, Nr. 13/1986.

3. Produktionsfaktoren

Flächenstilllegungen, die nicht durch andere Maßnahmen zur Produktionseinschränkung flankiert werden, können die Bodenmärkte erheblich stören. Zu den wesentlichen Konsequenzen dürfte gehören, daß das Pachtpreinsniveau weiter steigt. Damit dürfte sich der für die verbleibenden Betriebe noch knapper gewordene Produktionsfaktor Boden zusätzlich verteuern (vor allem auch aufgrund der Versprechungen der Agrarpolitiker, sich nach einer Konsolidierung der Märkte wieder für Preisanhebungen einzusetzen) und so den Einkommensspielraum der Pächter unnötigerweise einengen. Eine produktionsbegrenzende Politik müßte also in erster Linie bei den sonstigen Produktionsfaktoren, insbesondere den ertragssteigernden Vorleistungen und dem Kapitaleinsatz, ansetzen. Damit würde sie auch einer Strukturanpassung nicht im Wege stehen.

4. Einkommens- und Verteilungswirkung

Die Flächenstilllegung bezieht, da sie nur in Verbindung mit einem vorgezogenen Altersruhegeld vorgenommen wird, lediglich jenen Teil der Landwirte ein, der im Laufe der Zeit ohnehin die landwirtschaftliche Erwerbstätigkeit aufgegeben hätte. Insbesondere jüngeren Landwirten, die auf eine Verbesserung ihrer Entwicklungsmöglichkeit hoffen, wird dadurch nicht nur nicht geholfen. Ihre betrieblichen Expansionschancen werden durch den quasi staatlichen Entzug von Pachtflächen bzw. durch die zu erwartende Pachtpreiserhöhung geschmälert. Dies steht wiederum im Widerspruch zum speziellen Förderungsprogramm für Junglandwirte im Rahmen der „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“.

Negative Verteilungswirkungen innerhalb der Landwirtschaft sind dadurch zu erwarten, daß fast ausschließlich die Verpächter als die Eigentümer der stillzulegenden Flächen, nicht aber die Pächter in den Genuß der Prämien kommen werden. Je nach den regionalen Unterschieden in den Pachtanteilen werden sich die Stilllegungsmaßnahmen differenziert auf Verteilungs- und Agrarstruktur auswirken. In welcher Richtung dies geschehen wird, entzieht sich noch weitgehend der Kenntnis.

5. Umweltwirkungen

Die behaupteten umweltfördernden Wirkungen sind skeptisch zu beurteilen. Die Agrarökonomie ist sich weitgehend in der Einschätzung einig, daß die Betriebe in den wenig intensiv bewirtschafteten benachteiligten Regionen — jenen Gebieten also, die unter der Umweltbelastung durch die Landwirtschaft noch am wenigsten zu leiden haben — zuerst die Stilllegungsmöglichkeiten nutzen werden. Simultan dazu dürften die verbleibenden Betriebe an den typischen Agrarstandorten zur weiteren Intensivierung schreiten. Auch hier dürfte das immer wieder vorgetragene Ziel der Bundesregierung, nach der Markt-

konsolidierung Preisanhebungen durchzusetzen, Signalwirkung haben. Wie ist es zu vereinbaren, daß die Agrarpolitik einerseits an der Fiktion festhält, „ordnungsgemäß betriebene“ Landwirtschaft sei per se Umweltschutz, andererseits jetzt in den Programmen die Freistellung gerade auch von solchen Flächen als aktiven Beitrag zu Natur- und Umweltschutz preist? Nach wie vor fehlt es an einem Konzept, das sich konkret auf den Agrarumweltschutz bezieht.

Alternativen zur Flächenstilllegung

Anstelle der vorwiegend ökonomisch orientierten Begrenzung der Produktionsfläche durch Stilllegung erscheint es sinnvoller, den ökologischen Grundlagen einer ausgewogenen Agrarproduktion in der Agrarpolitik und der praktischen Landwirtschaft wieder mehr Raum zu geben¹⁵.

Im Vordergrund einer solchen Politik müßte die Zurücknahme der Intensität der Landnutzung, die Verringerung des Einsatzes von ertragssteigernden und -sichernden Vorleistungen und die Einschränkung der nicht artgerechten Tierhaltung stehen. Gestützt werden müßte eine solche Strategie durch eine mehr und mehr marktorientierte Preispolitik und durch direkt einkommenswirksame Transfers, um die sozialen Auswirkungen einer solchen Zurücknahme in Grenzen zu halten.

Man wird dabei nicht ohne z.T. strenge Reglementierung auskommen: Sehr deutlich würde sich zum Beispiel die restriktive Festlegung von Nitrathöchstwerten in Boden und Grundwasser auf die Bewirtschaftungsintensität auswirken. Drastische Produktionseinschränkungen müßten bei Überschreiten der Grenzwerte ausgesprochen werden, ein finanzieller Ausgleich müßte unterbleiben. (Der baden-württembergische „Wasserpfeffig“, eine Sondersteuer, die Verbraucher belastet, damit Landwirten ein Ausgleich für ihren Gewinnentgang infolge von Produktionsbeschränkungen gezahlt werden kann, stellt geradezu eine Umkehrung des Verursacherprinzips dar!)

Die Tierhaltung ist weit restriktiver als bisher an die betriebliche Fläche zu binden. Auch hierbei müßten limitierende Auflagen erteilt werden.

Sowohl in den EG-Beschlüssen als auch in den BML-Vorschlägen sind die beiden zentralen Elemente Flächenstilllegungen und Extensivierung der Agrarproduktion als ökonomische Steuerungsinstrumente enthalten. Da eine Landbewirtschaftung in angemessener Intensität wesentlicher Teil unserer Kulturlandschaft ist, sollte bei künftigen agrarmarkt- und agrarstrukturpolitischen Entscheidungen darauf geachtet werden, daß der Extensivierung mehr Förderung zuteil wird als der Flächenstilllegung.

¹⁵ Vgl. G. Weinschenck: Flächenstilllegung und Extensivierung (der Landausnutzung). Vortragsmanuskript, Stuttgart-Hohenheim 1986.

Eine ökologisch orientierte Agrarpolitik bedarf der Ausgleichszahlungen an die Landwirte. Sie sollen der Entschädigung für eine dauerhafte Reservierung von Flächen für ökologische Zwecke dienen, und sie sollen extensive Landbewirtschaftung auch dort fördern, wo sonst mit einer zunehmenden Intensivierung zu rechnen wäre.

Die Chancen für eine solche Entwicklung scheinen heute günstiger und die Bereitschaft der Landwirte scheint größer zu sein als noch vor wenigen Jahren. Die Landwirtschaft hat den teilweisen Ersatz der Agrarpreispolitik durch direkte Einkommenstransfers akzeptiert. Warum sollte sie nicht schon bald Umwelt- und Naturschutz, die ihr von der Gesellschaft finanziell entgolten werden, als Produktionsziele akzeptieren?

Bedeutung der Ausfuhr für Produktion und Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland 1980 bis 1984

Die Gefahren eines Handelskrieges zwischen den USA und der EG lassen es geraten erscheinen, sich die Bedeutung der Exporte für die Wirtschaftszweige in der Bundesrepublik Deutschland vor Augen zu führen. Betroffen von protektionistischen Maßnahmen der USA wäre nicht nur die Ausfuhr, sondern auch die durch die Ausfuhr induzierte Produktion in den vorgelagerten Sektoren. Im Falle des Maschinenbaus sind dies z.B. Gießereien, die eisenschaffende Industrie und die Elektrotechnik. Entsprechendes gilt für die Beschäftigungseffekte.

Die indirekte Exportabhängigkeit der Sektoren kann mit Hilfe der Input-Output-Rechnung ermittelt werden. Dies wird hier für die Periode 1980 bis 1984 durchgeführt¹, und zwar auf der Basis der Input-Output-Tabelle des DIW für das Jahr 1980².

Grundlagen der Berechnung

Die Untersuchung basiert auf den Werten der Waren- und Dienstleistungsausfuhr (ohne Erwerbs- und Vermögenseinkommen) zu jeweiligen Preisen, die den amtlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR)³ entnommen worden sind. Abgesetzt werden die Waren ausländischen Ursprungs und die nichtabzugsfähige Umsatzsteuer. Diese Ausgangsgrößen in der Input-Output (I-O)-Abgrenzung (vgl. die nachfolgende Zusammenstellung) werden den exportierenden Wirtschaftszweigen⁴ zugeordnet. Grundlage hierfür ist die Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach Gütergruppen bzw. -zweigen des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken und die nach Leistungsarten gegliederte Dienstleistungsbilanz der Deutschen Bundesbank⁵.

Von einer Veränderung der Auslandsnachfrage nach deutschen Waren und Dienstleistungen ist unmittelbar die Produktion der exportierenden Wirtschaftszweige und mittelbar diejenige aller Vorlieferanten betroffen (vgl. Tabelle 1). Die ausfuhrinduzierte Vorleistungsproduktion, die zusammen mit der Ausfuhr die ausfuhrinduzierte Bruttoproduktion ergibt, läßt sich mit Hilfe der Input-Output-Rechnung ermitteln⁶.

Eine Transformation dieser Produktionseffekte in ausfuhrinduzierte Beschäftigungswirkungen (vgl. Tabelle 2) ist mit sektoralen Arbeitskoeffizienten möglich. Sie geben die für eine Million DM Produktion eingesetzte Zahl von

¹ Zur letzten vergleichbaren Untersuchung siehe: Bedeutung der Ausfuhr für Produktion und Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland 1976 bis 1981. Bearb.: Reiner Stäglin und Hans Wessels. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 39/1982, S. 483 ff. Die dort für das Berichtsjahr 1980 ausgewiesenen Ergebnisse sind mit den jetzt berechneten Größen wegen einer im Rahmen der VGR-Revision vorgenommenen Korrektur der Ausfuhrwerte und wegen des Rückgriffs auf eine aktuellere Input-Output-Tabelle nur sehr eingeschränkt vergleichbar.

² Vgl. Spektrum der Wissenschaft in Zusammenarbeit mit dem DIW: Input/Output-Struktur für die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, Input/Output-Wandtafel, Heidelberg und Berlin, 1985.

³ Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1985, S. 274.

⁴ Die Wirtschaftszweige Großhandel und Einzelhandel werden nur mit der auf sie entfallenden Handelsleistung erfaßt, die sich durch die Multiplikation der Handelsspanne (=Rohertragsquote) mit dem Exportwert ergibt.

⁵ Statistisches Bundesamt: Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Zusammenfassende Übersichten, und Reihe 2.1, Außenhandel nach Waren und Ländern, Lagerverkehr etc., 1980 ff.; Fachserie 6, Reihe 6, Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost), 1980 ff., und Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland 1973 bis 1985, Beilage zu „Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank“, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik, Nr. 7, Juli 1986.

⁶ Der Berechnung zugrunde gelegt wird die aus der Input-Output-Tabelle des DIW zu jeweiligen Preisen für das Jahr 1980

**Ausfuhr zu jeweiligen Preisen in der Abgrenzung der VGR und der I-O-Rechnung
in Mill. DM**

	1980	1982	1983	1984
Ausfuhr von Waren (VGR)	339 320	413 320	416 890	467 350
Ausfuhr von Dienstleistungen (VGR)	52 530	65 710	66 890	73 240
Ausfuhr insgesamt (VGR)	391 850	479 030	483 780	540 590
abzüglich Absetzungen ¹⁾	3 238	3 836	4 408	4 890
Ausfuhr insgesamt (I-O)	388 612	475 194	479 372	535 700

¹⁾ Waren ausländischen Ursprungs und nichtabzugsfähige Umsatzsteuer.

Tabelle 1

Ausfuhr und ausfuhrinduzierte Bruttonproduktion der Bundesrepublik Deutschland

Wirtschaftszweige	Waren- und Dienstleistungsausfuhr					Ausfuhrinduzierte Bruttonproduktion		
	in Mill.DM				in vH		Mill.DM	in vH
	1980	1982	1983	1984	1980	1984		
Land- u. Forstw., Fischerei	3 045	4 696	4 746	5 091	0,8	1,0	18 429	1,9
Energiewirtschaft	644	826	800	940	0,2	0,2	29 778	3,0
Kohlenbergbau	4 099	3 739	3 717	4 030	1,1	0,8	14 508	1,5
Übriger Bergbau	1 975	1 164	1 130	1 403	0,5	0,3	2 162	0,2
Energie und Bergbau	6 718	5 730	5 648	6 373	1,7	1,2	46 448	4,7
Chemische Industrie	46 669	55 470	60 514	70 560	12,0	13,2	107 773	10,8
Mineralölverarbeitung	6 362	8 164	7 979	8 065	1,6	1,5	37 029	3,7
Herst. v. Kunststoffwaren	6 006	7 274	7 747	9 031	1,5	1,7	18 297	1,8
Gummiverarbeitung	3 327	3 858	3 958	4 379	0,9	0,8	9 592	1,0
Gew. u. Verarb. v. Steinen u. Erden	3 188	3 608	3 619	3 851	0,8	0,7	8 575	0,9
Feinkeramik	1 530	1 676	1 586	1 658	0,4	0,3	2 078	0,2
Herst. u. Verarb. v. Glas	2 044	2 434	2 696	2 939	0,5	0,5	5 551	0,6
Eisenschaffende Industrie	17 934	20 704	17 847	20 960	4,6	3,9	41 599	4,2
NE-Metallerzeugung	8 306	8 952	10 058	11 359	2,1	2,1	19 662	2,0
Gießereien	913	1 146	1 060	1 152	0,2	0,2	7 264	0,7
Ziehereien, Kaltwalzw., Stahlverf.	5 010	5 402	5 048	6 102	1,3	1,1	17 625	1,8
Stahl- u. Leichtmetallbau	3 884	5 042	5 054	4 775	1,0	0,9	7 366	0,7
Maschinenbau	58 106	67 526	64 814	69 126	15,0	12,9	89 844	9,0
Herst. v. Büromaschinen, ADV	5 327	7 126	8 459	10 482	1,4	2,0	12 083	1,2
Straßenfahrzeugbau (einschl. Rep.)	51 868	72 015	71 228	78 949	13,3	14,7	95 044	9,6
Schiffbau	1 758	2 475	2 873	2 419	0,5	0,5	2 791	0,3
Luft- u. Raumfahrzeugbau	2 138	4 004	4 153	4 005	0,6	0,7	4 383	0,4
Elektrotechnik	34 962	42 541	42 751	49 518	9,0	9,2	73 712	7,4
Feinmechanik, Optik, Uhren	7 275	8 613	8 548	9 223	1,9	1,7	12 130	1,2
Herst. v. EBM-Waren	10 134	11 882	11 927	13 110	2,6	2,4	19 956	2,0
Herst. v. Musikinstr., Spielwaren	2 786	3 229	3 203	3 524	0,7	0,7	3 595	0,4
Holzbearbeitung	992	1 080	1 112	1 321	0,3	0,2	3 226	0,3
Holzverarbeitung	3 247	3 567	3 544	4 150	0,8	0,8	7 727	0,8
Zellstoff- u. Papiererzeugung	2 957	3 915	4 207	5 437	0,8	1,0	9 076	0,9
Papier- u. Pappeverarbeitung	1 873	2 638	2 882	3 303	0,5	0,6	7 607	0,8
Druckerei u. Vervielfältigung	2 657	3 117	3 275	3 513	0,7	0,7	8 328	0,8
Textilgewerbe	10 472	12 425	12 634	14 548	2,7	2,7	20 703	2,1
Ledergewerbe	1 434	1 777	1 933	2 213	0,4	0,4	3 156	0,3
Bekleidungsgewerbe	3 287	3 978	4 052	4 525	0,8	0,8	5 034	0,5
Ernährungsgewerbe	15 137	18 954	18 715	21 314	3,9	4,0	37 266	3,7
Getränkherstellung	745	1 024	1 117	1 172	0,2	0,2	5 418	0,5
Tabakverarbeitung	752	1 069	1 228	1 298	0,2	0,2	2 390	0,2
Verarbeitendes Gewerbe	323 080	396 684	399 820	447 981	83,1	83,6	705 880	71,0
Baugewerbe	2 399	2 946	2 942	3 189	0,6	0,6	7 407	0,7
Großhandel, Handelsvermittlung	13 995	17 104	16 171	18 073	3,6	3,4	46 087	4,6
Einzelhandel	727	898	976	1 077	0,2	0,2	2 858	0,3
Eisenbahnen	2 829	3 539	3 482	3 813	0,7	0,7	8 485	0,9
Schifffahrt u. Wasserstr., Häfen	2 822	3 537	3 040	3 329	0,7	0,6	10 029	1,0
Übriger Verkehr	14 782	18 491	18 685	20 459	3,8	3,8	45 007	4,5
Nachrichtenübermittlung	1 030	1 288	1 512	1 656	0,3	0,3	7 724	0,8
Handel und Verkehr	36 185	44 858	43 866	48 407	9,3	9,0	120 190	12,1
Kreditinst., Versicherungsunt. n.	1 878	1 375	1 318	1 474	0,5	0,3	20 279	2,0
Gaststätten- u. Beherbergungsgew.	9 108	11 393	13 321	14 585	2,3	2,7	20 470	2,1
Wissenschaft, Bildung, Kunst	557	454	819	1 053	0,1	0,2	5 568	0,6
Restliche Dienstleistungen	5 000	6 255	6 136	6 718	1,3	1,3	45 211	4,5
Dienstleistungsunternehmen	16 543	19 477	21 593	23 830	4,3	4,4	91 528	9,2
Staat, Priv. Organisationen o. Erw.	642	803	756	828	0,2	0,2	4 846	0,5
Alle Wirtschaftszweige	388 612	475 194	479 372	535 700	100,0	100,0	994 728	100,0

Quellen: Input-Output-Rechnung des DIW, Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes und Dienstleistungsbilanz der Deutschen Bundesbank, Berechnungen des DIW.

Erwerbstätigen an⁷. Werden die für die einzelnen Wirtschaftszweige berechneten ausfuhrinduzierten Produktions- und Beschäftigungsgrößen zu den sektoralen Bruttoproduktionswerten und Erwerbstätigenzahlen in Beziehung gesetzt, ergeben sich die Quoten der direkten und der gesamten Exportabhängigkeit (vgl. Tabelle 3).

Ausfuhr und ausfuhrinduzierte Produktion

Die Waren- und Dienstleistungsausfuhr aller Wirtschaftszweige zu jeweiligen Preisen ist von 389 Mrd. DM im Jahre 1980 auf 536 Mrd. DM im Jahre 1984 gestiegen (vgl. Tabelle 1). Zu dem Anstieg um 38 vH hat vor allem die Ausfuhrentwicklung in den Jahren 1981 (+14 vH gegenüber 1980) und 1984 (+12 vH gegenüber 1983) beigetragen. In diesen Zahlen spiegelt sich u.a. die seit Anfang 1980 durch das Sinken des realen Wechselkurses der D-Mark gestiegene preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wider. Auch sie konnte jedoch nicht verhindern, daß der gesamte Ausfuhrwert im Jahre 1983 aus konjunkturellen Gründen nahezu auf dem Niveau von 1982 verharrte, bei allerdings sehr unterschiedlichen und teilweise entgegengesetzten Verläufen im einzelnen (z.B. weiterer Anstieg bei der chemischen Industrie, Ausfuhrückgang bei der eisenschaffenden Industrie, beim Maschinen- sowie beim Straßenfahrzeugbau). Die Verbesserung in den Abnehmerländern hat letztlich auch zum erwähnten starken Ausfuhrwachstum im Jahre 1984 beigetragen.

In der gesamten Untersuchungsperiode haben sich einige bemerkenswerte Verschiebungen in der Ausfuhr nach Wirtschaftszweigen ergeben, wie die Absolutwerte und die Strukturanteile für 1980 und 1984 deutlich machen. So gibt es neben der Branche Herstellung von Büromaschinen, ADV, die ihre Ausfuhr nahezu verdoppeln konnte, mit dem Luft- und Raumfahrzeugbau⁸ sowie mit der Zellstoff- und Papiererzeugung zwei Sektoren, die ihre Ausfuhr um mehr als 80 vH erhöhen konnten. Weitere 12 Wirtschaftszweige hatten im Jahre 1984 einen Ausfuhrwert, der mindestens um die Hälfte höher war als 1980. Demgegenüber konnten in 24 Wirtschaftszweigen nur unterdurchschnittliche Ausfuhrzuwächse realisiert werden. Bei drei Sektoren (Kohlenbergbau, übriger Bergbau, Kredit- und Versicherungsunternehmen⁹) war der Ausfuhrwert in 1984 sogar geringer als 1980.

Der Maschinenbau hat seinen Spitzenplatz in der Ausfuhr im Jahre 1982 an den Straßenfahrzeugbau abtreten müssen, und im Jahre 1984 wurde er von der chemischen Industrie sogar auf den dritten Rang verwiesen (vgl. Tabelle 1). Nimmt man die elektrotechnische Industrie und die eisenschaffende Industrie als die beiden nächstgrößten Branchen hinzu, so ergibt sich für diese fünf Exportzweige trotz interner Verschiebungen ein stabiler Anteil von 54 vH an der Gesamtausfuhr.

Bemerkenswert ist, daß die in der Periode 1976 bis 1980 in einem früheren Bericht¹⁰ festgestellte Anteilsverringering zu Lasten des verarbeitenden Gewerbes zum Stillstand gekommen ist und für den Zeitraum 1980 bis 1984 sogar — ebenso wie bei den Dienstleistungsunternehmen — ein kleiner Anteilsgewinn (von 83,1 auf 83,6 vH) zu verzeichnen war. Dem stehen Anteilsverluste bei den Bereichen Energie und Bergbau sowie Handel und Verkehr gegenüber.

Die Wirtschaftszweige können ihre Ausfuhr nur erbringen, wenn sie über die zur Produktion der Exportgüter benötigten Vorleistungen verfügen. Vorleistungsgüter, die mehr oder weniger von allen Wirtschaftszweigen im Produktionsprozeß eingesetzt werden, produzieren die Unternehmen aus den Sektoren Energiewirtschaft, Bergbau, Handel, Verkehr und Dienstleistungen. Die Erzeugnisse anderer Sektoren, beispielsweise der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und der eisenschaffenden Industrie, werden kaum direkt, sondern meist erst nach weiterer Be- oder Verarbeitung von anderen Sektoren exportiert.

Diese exportinduzierte Vorleistungsproduktion erklärt die sektoral sehr unterschiedlichen Differenzen zwischen der Ausfuhr und der ausfuhrinduzierten Bruttoproduktion (1984 für alle Wirtschaftszweige zusammengenommen 995 Mrd. DM; vgl. Tabelle 1). Bei der Hälfte der 48 Sektoren war die durch den Export induzierte Vorleistungsproduktion größer als die eigene Ausfuhr. So entfielen auf die Energiewirtschaft 3 vH der exportinduzierten Bruttoproduktion aller Wirtschaftszweige, während es bei der Ausfuhr nur 0,2 vH waren.

Exportinduzierte Vorleistungsproduktion und Exporte zusammengefaßt, vermindert sich der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der ausfuhrinduzierten Produktion gegenüber der Ausfuhr von 83,6 vH auf 71,0 vH. Alle anderen Wirtschaftsbereiche haben Anteilsgewinne zu verzeichnen. So betragen bei der Energiewirtschaft, bei den Dienstleistungsbereichen, insbesondere den Kreditinstituten und den Versicherungsunternehmen sowie den restlichen Dienstleistungen die indirekten Ausfuhreffekte ein Vielfaches der direkten Beteiligung an der Ausfuhr (vgl. Tabelle 1). Das unterstreicht die früher an dieser

abgeleitete inverse Leontief-Matrix. Das bedeutet, daß der in der Verflechtungsmatrix zum Ausdruck kommende Grad der sektoralen Interdependenz auch für die nachfolgenden Beobachtungsjahre als zutreffend angesehen wird.

⁷ Die Arbeitskoeffizienten wurden für jedes Beobachtungsjahr aufgrund der VGR-Angaben über Erwerbstätige und Produktion gesondert ermittelt.

⁸ Die Ausfuhrentwicklung des Luft- und Raumfahrzeugbaus ist jeweils vom Fortgang des Airbus-Gemeinschaftsprojektes abhängig.

⁹ Der verhältnismäßig hohe Ausfuhrwert beim Sektor Kredit- und Versicherungsunternehmen im Jahre 1980 erklärt sich durch einen starken Mengenexport von Goldmünzen.

¹⁰ Vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 39/1982, S. 484.

Tabelle 2

Erwerbstätige für die Ausfuhr und die ausfuhrinduzierte Bruttoproduktion
in der Bundesrepublik Deutschland

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige für die							
	Waren- und Dienstleistungsausfuhr						ausfuhrinduzierte Bruttoproduktion	
	in 1000 Personen				in vH		in 1000	in vH
	1980	1982	1983	1984	1980	1984	1984	
Land- u. Forstw., Fischerei	69	90	94	98	2,3	3,0	356	5,8
Energiewirtschaft	2	2	2	2	0,1	0,1	47	0,8
Kohlenbergbau	33	26	27	27	1,1	0,8	98	1,6
Übriger Bergbau	10	6	5	6	0,3	0,2	8	0,1
Energie und Bergbau	44	33	34	35	1,5	1,1	153	2,5
Chemische Industrie	216	233	226	239	7,1	7,3	366	6,0
Mineralölverarbeitung	2	3	3	2	0,1	0,1	11	0,2
Herst. v. Kunststoffwaren	48	54	53	57	1,6	1,7	116	1,9
Gummiverarbeitung	28	29	28	29	0,9	0,9	63	1,0
Gew. u. Verarb. v. Steinen u. Erden	21	22	20	21	0,7	0,6	47	0,8
Feinkeramik	23	23	20	20	0,7	0,6	25	0,4
Herst. u. Verarb. v. Glas	18	19	20	20	0,6	0,6	38	0,6
Eisenschaffende Industrie	108	119	104	98	3,6	3,0	194	3,2
NE-Metallerzeugung	28	31	31	30	0,9	0,9	53	0,9
Gießereien	9	11	9	9	0,3	0,3	59	1,0
Ziehereien, Kaltwalzw., Stahlverf.	46	48	42	48	1,5	1,5	139	2,3
Stahl- u. Leichtmetallbau	28	34	33	32	0,9	1,0	50	0,8
Maschinenbau	493	520	479	471	16,3	14,4	612	10,0
Herst. v. Büromaschinen, ADV	31	31	33	37	1,0	1,1	42	0,7
Straßenfahrzeugbau (einschl. Rep.)	336	387	353	381	11,1	11,6	461	7,6
Schiffbau	15	17	21	16	0,5	0,5	18	0,3
Luft- u. Raumfahrzeugbau	18	28	29	27	0,6	0,8	29	0,5
Elektrotechnik	320	339	318	346	10,6	10,6	515	8,5
Feinmechanik, Optik, Uhren	81	92	86	86	2,7	2,6	113	1,9
Herst. v. EBM-Waren	93	100	92	96	3,1	2,9	146	2,4
Herst. v. Musikinstr., Spielwaren	35	34	35	37	1,2	1,1	38	0,6
Holzbearbeitung	6	6	6	7	0,2	0,2	17	0,3
Holzverarbeitung	33	36	33	38	1,1	1,1	70	1,1
Zellstoff- u. Papiererzeugung	14	16	16	18	0,5	0,6	30	0,5
Papier- u. Pappeverarbeitung	16	19	20	20	0,5	0,6	46	0,8
Druckerei u. Vervielfältigung	26	28	28	28	0,9	0,8	66	1,1
Textilgewerbe	103	111	102	107	3,4	3,3	152	2,5
Ledergewerbe	19	22	21	22	0,6	0,7	31	0,5
Bekleidungsgewerbe	43	48	45	47	1,4	1,4	52	0,9
Ernährungsgewerbe	82	91	87	94	2,7	2,9	164	2,7
Getränkeherstellung	3	4	4	4	0,1	0,1	19	0,3
Tabakverarbeitung	1	2	2	1	0,0	0,0	3	0,0
Verarbeitendes Gewerbe	2 342	2 556	2 401	2 489	77,5	75,9	3 786	62,1
Baugewerbe	25	30	28	30	0,8	0,9	69	1,1
Großhandel, Handelsvermittlung	170	188	166	176	5,6	5,4	448	7,4
Einzelhandel	13	14	14	15	0,4	0,5	40	0,7
Eisenbahnen	49	59	56	57	1,6	1,7	127	2,1
Schifffahrt u. Wasserstr., Häfen	15	16	15	15	0,5	0,5	45	0,7
Übriger Verkehr	63	70	67	69	2,1	2,1	203	3,3
Nachrichtenübermittlung	13	15	17	18	0,4	0,5	82	1,3
Handel und Verkehr	323	361	334	349	10,7	10,7	945	15,5
Kreditinst., Versicherungsuntern.	14	8	7	8	0,5	0,2	109	1,8
Gaststätten- u. Beherbergungsgew.	149	169	195	208	4,9	6,3	292	4,8
Wissenschaft, Bildung, Kunst	3	2	4	5	0,1	0,1	25	0,4
Restliche Dienstleistungen	38	42	38	39	1,2	1,2	262	4,3
Dienstleistungsunternehmen	204	221	245	260	6,8	7,9	687	11,3
Staat, Priv. Organisationen o. Erw.	15	17	16	17	0,5	0,5	98	1,6
Alle Wirtschaftszweige	3 023	3 309	3 151	3 277	100,0	100,0	6 095	100,0

Quellen: Input-Output-Rechnung des DIW, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Dienstleistungsbilanz der Deutschen Bundesbank, Berechnungen des DIW.

Stelle¹¹ hervorgehobene Bedeutung des Dienstleistungsgehalts der Exporte.

Ausfuhr und ausfuhrinduzierte Beschäftigung

Der mittelbare Beitrag der Handels-, Verkehrs- und Dienstleistungsbereiche zum Export zeigt sich noch deutlicher, wenn man die Zahl der von der Ausfuhr abhängigen Beschäftigten betrachtet. Sie läßt sich durch Übertragung der Arbeitskoeffizienten für die einzelnen Wirtschaftszweige auf die Ausfuhr und die ausfuhrinduzierte Bruttoproduktion ermitteln.

Während sich die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt im Zeitraum 1980 bis 1984 von 26,3 Millionen auf 25,3 Millionen verringerte, waren mit der Erzeugung der Ausfuhr-güter Beschäftigungsgewinne verbunden: 1984 waren es mit 6,1 Millionen Erwerbstätigen 0,5 Millionen mehr als 1980, die zur Erstellung der ausfuhrinduzierten Bruttoproduktion beigetragen haben. Davon waren 1,6 Millionen im Bereich Handel und Verkehr sowie in den Dienstleistungsunternehmen beschäftigt (vgl. Tabelle 2). Das sind rund 27 vH der exportinduzierten Gesamtbeschäftigung gegenüber knapp 19 vH der für die Ausfuhr unmittelbar Erwerbstätigen in diesem Bereich. Es bestätigt sich also, daß diese Bereiche sowie die anderen außerhalb des verarbeitenden Gewerbes personell relativ stärker von der für die Ausfuhr notwendigen Vorleistungsproduktion beansprucht werden als unmittelbar von der Waren- und Dienstleistungsausfuhr. Umgekehrt ist die Situation beim verarbeitenden Gewerbe, auf das im Jahre 1984 drei Viertel der unmittelbar ausfuhrabhängigen Erwerbstätigen entfielen, aber nur 62 vH der insgesamt für den Export tätigen Personen.

Sektoral ist die Zahl der für die ausfuhrinduzierte Bruttoproduktion tätigen Beschäftigten am höchsten in den Sektoren Maschinenbau, Elektrotechnik, Straßenfahrzeugbau, Großhandel, chemische Industrie, Land- und Forstwirtschaft, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe sowie restliche Dienstleistungen. Auf diese acht Branchen konzentrierten sich im Jahre 1984 — mit 262 000 bis 612 000 Personen — gut 54 vH der von der Ausfuhr insgesamt abhängigen Beschäftigten. War die Zahl der Erwerbstätigen für die ausfuhrinduzierte Bruttoproduktion in den Sektoren Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau, Elektrotechnik, chemische Industrie — zum Teil auch im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe — überwiegend durch die Exporte dieser Branchen bestimmt, so gab in den anderen drei Wirtschaftszweigen die ausfuhrinduzierte Vorleistungsproduktion den Ausschlag.

Im Durchschnitt aller Wirtschaftszweige ist der Grad der Ausfuhrabhängigkeit der Erwerbstätigenzahl im Berichtszeitraum gestiegen. Während 1980 jeder fünfte Arbeitsplatz unmittelbar oder mittelbar als ausfuhrinduziert angesehen werden konnte, war es 1984 schon fast jeder vierte. Auch die Zahl der Personen, die unmittelbar für die

Waren- und Dienstleistungsausfuhr produzieren, stieg — trotz zwischenzeitlicher Schwankungen — von 3,0 Millionen 1980 auf knapp 3,3 Millionen 1984 (vgl. Tabelle 2); das entspricht Anteilen an der Gesamtbeschäftigung von 11,5 vH und 13,0 vH.

Exportquoten

Für die einzelnen Wirtschaftszweige stimmt das Gewicht der ausfuhrinduzierten Beschäftigung mit den sektoralen Exportquoten überein¹². Diese Quoten sind Relationen der Ausfuhr bzw. der ausfuhrinduzierten Bruttoproduktion zu sektoralen Produktionswert und lassen den Grad der direkten und gesamten Ausfuhrabhängigkeit der einzelnen Wirtschaftszweige erkennen (vgl. Tabelle 3).

Direkt am stärksten von der Ausfuhr abhängig sind der Maschinenbau und der Luft- und Raumfahrzeugbau, deren Exportquoten im Jahre 1984 bei 47 vH lagen. Aber die Sektoren NE-Metallerzeugung, Herstellung von Büromaschinen, ADV, Straßenfahrzeugbau, Feinmechanik und Optik sowie Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren haben durch den Anstieg ihrer Quoten von unter 40 vH im Jahre 1980 auf rund 44 vH im Jahre 1984 fast aufgeschlossen. Hinzu kommen drei Wirtschaftszweige, die 1984 ungefähr 40 vH ihrer Produktion exportierten — die chemische Industrie, die eisenschaffende Industrie und das Textilgewerbe. Mit Ausnahme der Zweige des Bereichs Energie und Bergbau und des Sektors Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen hat sich in allen Wirtschaftszweigen die direkte Exportabhängigkeit im Untersuchungszeitraum erhöht, im Handels-, Verkehrs- und Dienstleistungsbereich jedoch weniger als im verarbeitenden Gewerbe. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt ergab sich in den vier Jahren eine Zunahme von 13,7 vH auf 15,8 vH.

Die Einbeziehung der durch die Waren- und Dienstleistungsausfuhr aller Sektoren bei den einzelnen Wirtschaftszweigen induzierten Vorleistungsproduktion führt zu den Quoten der gesamten Exportabhängigkeit¹³ (vgl. Tabelle 3). Ein Vergleich mit den direkten Exportquoten zeigt noch einmal die Bedeutung der einzelnen Sektoren als Vorleistungslieferanten für die Erbringung der Exporte, jetzt aber in Relation zur jeweiligen Bruttoproduktion.

¹¹ Vgl. Dienstleistungsausfuhr und Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland. Bearb.: Dieter Schumacher. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 32/1984, S. 399 ff.

¹² Nur für den Durchschnitt aller Wirtschaftszweige bzw. für zusammengefaßte Bereiche ergeben sich aufgrund der sektoral unterschiedlichen Arbeitsproduktivitäten (bezogen auf die Bruttoproduktion) Abweichungen gegenüber den produktionsorientierten Exportquoten.

¹³ Im Gesamtdurchschnitt sind diese Quoten fast doppelt so hoch wie die Anteile der Exporte und stimmen mit den gesamtwirtschaftlichen Exportquoten überein, wie sie sich nach der Sozialproduktrechnung unter Ausschaltung der vorleistungsbedingten Doppelzählungen ergeben.

Tabelle 3

Direkte und indirekte Exportabhängigkeit der Wirtschaftszweige in der Bundesrepublik Deutschland

Wirtschaftszweige	Waren- und Dienstleistungsausfuhr in vH der Bruttoproduktion (direkte Abhängigkeit)				Ausfuhrinduzierte Bruttoproduktion in vH der Bruttoproduktion (gesamte Abhängigkeit)			
	1980	1982	1983	1984	1980	1982	1983	1984
Land- u. Forstw., Fischerei	4,8	6,5	6,8	7,1	19,5	22,4	23,6	25,6
Energiewirtschaft	0,6	0,6	0,5	0,6	20,7	18,7	18,1	18,7
Kohlenbergbau	15,1	11,7	12,6	13,3	45,3	41,7	44,1	47,8
Übriger Bergbau	56,8	28,7	26,5	30,8	73,4	44,8	41,9	47,4
Energie und Bergbau	4,9	3,3	3,1	3,3	27,0	23,5	22,9	24,0
Chemische Industrie	34,8	38,2	38,0	40,2	54,1	59,8	58,5	61,5
Mineralölverarbeitung	6,0	7,0	7,2	6,8	25,3	28,5	30,3	31,4
Herst. v. Kunststoffwaren	21,0	24,6	24,2	25,1	44,1	52,0	50,0	50,9
Gummiverarbeitung	23,3	26,0	25,5	26,8	49,1	57,9	55,8	58,7
Gew. u. Verarb. v. Steinen u. Erden	8,7	10,2	9,8	10,1	18,6	22,4	21,4	22,6
Feinkeramik	37,8	40,5	37,8	38,5	45,4	49,5	46,8	48,3
Herst. u. Verarb. v. Glas	20,6	25,0	26,6	28,3	39,1	48,5	49,7	53,5
Eisenschaffende Industrie	34,9	42,4	40,0	40,4	65,6	81,8	81,6	80,2
NE-Metallerzeugung	36,9	43,1	44,0	43,5	63,5	78,2	76,4	75,2
Gießereien	7,3	9,6	8,9	9,0	43,8	56,4	55,5	56,8
Ziehereien, Kaltwalzw., Stahlverf.	16,0	17,6	16,1	18,4	42,9	51,8	49,4	53,2
Stahl- u. Leichtmetallbau	15,0	18,3	20,5	20,5	23,0	27,2	30,3	31,6
Maschinenbau	44,5	48,2	46,5	46,9	57,2	62,1	60,2	60,9
Herst. v. Büromaschinen, ADV	40,0	43,6	44,0	43,9	48,9	52,2	51,5	50,6
Straßenfahrzeugbau (einschl. Rep.)	36,5	44,8	40,9	43,8	44,0	53,9	49,3	52,8
Schiffbau	25,4	27,8	37,9	33,3	29,6	31,9	42,8	38,4
Luft- u. Raumfahrzeugbau	32,5	48,5	50,7	47,5	36,3	52,8	55,1	51,9
Elektrotechnik	28,5	32,3	31,3	33,9	42,8	48,7	47,1	50,5
Feinmechanik, Optik, Uhren	33,8	41,7	42,4	43,9	43,7	54,5	55,5	57,7
Herst. v. EBM-Waren	26,7	30,9	30,3	30,0	39,5	46,7	45,9	45,7
Herst. v. Musikinstr., Spielwaren	36,6	39,1	41,6	43,9	37,3	39,9	42,4	44,8
Holzbearbeitung	9,4	11,9	11,8	13,5	22,7	30,6	29,8	33,0
Holzverarbeitung	8,8	10,8	10,3	11,8	15,9	20,3	19,5	22,0
Zellstoff- u. Papiererzeugung	25,6	30,0	31,2	34,9	47,1	53,6	55,0	58,2
Papier- u. Pappeverarbeitung	11,8	15,7	16,4	17,5	31,0	37,7	38,0	40,4
Druckerei u. Vervielfältigung	12,0	13,8	14,1	13,9	28,0	32,5	32,7	32,8
Textilgewerbe	30,3	37,2	37,2	40,1	42,9	53,3	53,2	57,1
Ledergewerbe	15,4	19,6	21,0	23,0	22,6	28,6	30,1	32,8
Bekleidungsgewerbe	13,3	17,2	17,5	18,3	14,8	19,2	19,4	20,3
Ernährungsgewerbe	10,7	12,5	12,2	13,4	18,5	21,5	21,4	23,4
Getränkeherstellung	2,6	3,3	3,5	3,7	12,7	14,6	15,7	17,3
Tabakverarbeitung	4,7	6,3	6,5	6,7	9,4	11,8	11,8	12,4
Verarbeitendes Gewerbe	24,5	28,6	28,0	29,5	38,6	45,0	44,3	46,6
Baugewerbe	1,2	1,5	1,5	1,6	2,8	3,6	3,4	3,7
Großhandel, Handelsvermittlung	12,5	14,3	12,8	13,4	30,7	34,9	32,7	34,1
Einzelhandel	0,6	0,7	0,7	0,8	1,6	1,8	1,9	2,0
Eisenbahnen	13,8	17,0	16,6	17,8	30,7	37,2	36,6	39,6
Schifffahrt u. Wasserstr., Häfen	20,5	22,8	22,3	23,4	56,2	62,1	66,7	70,5
Übriger Verkehr	17,3	19,9	19,0	19,1	38,3	43,6	41,4	42,0
Nachrichtenübermittlung	2,7	2,9	3,3	3,5	14,2	15,0	15,2	16,2
Handel und Verkehr	9,2	10,5	9,9	10,3	22,5	25,5	24,4	25,7
Kreditinst., Versicherungsunt.ern.	1,9	1,1	1,0	1,0	17,7	14,4	13,2	14,0
Gaststätten- u. Beherbergungsgew.	19,2	22,1	25,3	26,3	28,4	32,3	35,2	36,9
Wissenschaft, Bildung, Kunst	1,4	1,0	1,6	1,9	9,4	9,3	9,2	9,8
Restliche Dienstleistungen	1,6	1,7	1,5	1,6	10,4	10,9	10,2	10,5
Dienstleistungsunternehmen	3,3	3,3	3,4	3,5	13,5	13,4	12,8	13,3
Staat, Priv. Organisationen o. Erw.	0,3	0,3	0,3	0,3	1,7	1,9	1,8	1,9
Alle Wirtschaftszweige	13,7	15,4	15,0	15,8	25,6	28,6	27,8	29,4

Quellen: Input-Output-Rechnung des DIW, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Dienstleistungsbilanz der Deutschen Bundesbank, Berechnungen des DIW.

tion. Dabei wird z.B. deutlich, daß die oben festgestellte stärkere mittelbare Beteiligung der Zweige des Handels- und Verkehrsbereichs sowie der Dienstleistungsunternehmen an der gesamten Waren- und Dienstleistungsausfuhr hier nicht so stark zum Ausdruck kommt; die Differenzen zwischen gesamter und direkter Abhängigkeit sind von 1980 bis 1984 bei den Dienstleistungsunternehmen gar nicht und beim Handels- und Verkehrsbereich im Durchschnitt nur um zwei Prozentpunkte gestiegen, während sie beim verarbeitenden Gewerbe um drei Prozentpunkte zugenommen haben.

Eine sektorale Betrachtung läßt erkennen, daß sechs von den zehn Zweigen, die im Jahre 1984 direkt am stärksten von der Ausfuhr abhängig waren, auch in der Rangordnung der Gesamtabhängigkeit auf den vorderen Plätzen zu finden sind, trotz der Rangverschiebungen. So stehen die eisenschaffende Industrie und die NE-Metallindustrie wegen des hohen Anteils ihrer exportinduzierten Vorleistungsproduktion mit gesamten Abhängigkeitsquoten von 80 vH und 75 vH an der Spitze, gefolgt vom Sektor Schifffahrt und Wasserstraßen, Häfen, der 1984 mit 70 vH

seiner Bruttoproduktion bzw. Erwerbstätigkeit von der Auslandsnachfrage abhängig war. Bei der Rangordnung der direkten Exportabhängigkeit hatten die beiden erstgenannten Industrien die Plätze 7 und 8, während die Schifffahrt unter den zehn größten Exporteuren gar nicht vertreten war (vgl. Tabelle 3). Das gilt ebenso für die Gummiverarbeitung, die Gießereien und die Zellstoff- und Papiererzeugung, die aufgrund ihres hohen vorleistungsbedingten Beitrages zur Waren- und Dienstleistungsausfuhr seit 1982 zu den zehn Wirtschaftszweigen mit der größten Exportabhängigkeit gehören.

Hält man sich vor Augen, daß Produktion und Beschäftigung von 17 der ausgewiesenen Sektoren im Jahre 1984 zu mehr als der Hälfte unmittelbar und mittelbar von der Ausfuhr abhängig waren — 1980 waren es erst sechs —, so erkennt man die Bedeutung der internationalen Arbeitsteilung. Wegen der Verflechtung der Wirtschaftszweige trifft eine Verringerung der Auslandsnachfrage nicht nur die Exportzweige selbst, sondern entsprechend dem Grad der sektoralen Interdependenz in der Regel die gesamte Volkswirtschaft.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevalerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Peter Ring, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Flächenstilllegungen in der Landwirtschaft — ein sinnvolles Konzept zur Lösung der Agrarkrise? Bearbeitet von Peter Hrubesch. —
Bedeutung der Ausfuhr für Produktion und Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland 1980 bis 1984. Bearbeitet von Reiner Stäglin.

Verlag: Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.